

„Anschauen, entscheiden, umsetzen“

General Reinhard Schnakl, BA MA, seit 1. April 2017 Leiter der Gruppe II/A (Organisation, Dienstbetrieb und Einsatz) in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, über seine Pläne und Vorhaben.

Was werden in nächster Zukunft die größten Herausforderungen für die Polizei sein?

Wir stellen eine Entkopplung zwischen der objektiven Sicherheitslage und dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Menschen fest. Bei fast allen Delikten haben wir seit geraumer Zeit rückläufige Zahlen. Trotzdem fühlen sich immer mehr Menschen unsicher und meiden bestimmte öffentliche Plätze. Eine der größten Herausforderungen wird es sein, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentliche Sicherheit und in die Polizeiarbeit hochzuhalten bzw. wieder zu stärken. Wir müssen auch den Tendenzen der Radikalisierung, des Extremismus und Terrorismus entsprechend begegnen. Hier haben wir neben den Maßnahmen im BVT auch mit der Reform der LVT einen weiteren wichtigen Schritt getan.

Welche Maßnahmen sind zum Erhalt des Vertrauens der Menschen in die Polizei geplant?

Für den Vertrauenserhalt ist die Bürgernähe sehr wichtig. Das bedeutet, dass Polizistinnen und Polizisten mit den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt persönlich in Kontakt treten. Das soll unter anderem mit der Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ gewährleistet werden, wobei es bei dieser Initiative um mehr geht, nämlich um die gemeinschaftliche Lösung von Sicherheitsanliegen der Menschen in diesem Land. Das geschieht in Sicherheitsforen, in denen gemeinsam mit Sicherheitspartnern strukturiert Problemlösungen entwickelt, umgesetzt und kommuniziert werden. Kommunizieren ist vor allem deshalb wichtig, weil die Bürgerinnen und Bürger auch Rückmeldungen bekommen sollen und damit wissen: Hier geschieht etwas, die



Gruppenleiter Reinhard Schnakl: „Der Schutz der Polizistinnen und Polizisten ist mir ein besonderes Anliegen.“

Polizei überlegt sich gemeinsam mit der Gemeinde, der Jugendwohlfahrt oder anderen Organisationen und Behörden etwas für meine Sicherheit und ich kann mich sicher fühlen – da, wo ich zu Hause bin.

Ist die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ bei den Polizistinnen und Polizisten angekommen?

Wir haben hier sicher noch einen weiten Weg vor uns, aber wir werden mit all den positiven Erfahrungen aus dem Probetrieb und den Erkenntnissen aus dem Erfahrungsaustausch mit ausländischen Polizeieinheiten mit Juni 2017 flächendeckend in ganz Österreich durchstarten. Zu diesem Zweck haben wir uns mit der Personalvertretung darauf verständigt, 34 eigene

Planstellen in definierten Ballungsgebieten für die Sicherheitskoordinatoren einzurichten, wobei noch Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt erforderlich sind. In allen anderen Bereichen wird die Rolle der Sicherheitskoordinatoren vom jeweiligen Stadt- bzw. Bezirkspolizeikommandanten oder dessen Stellvertreter wahrgenommen. Bei GEMEINSAM.SICHER geht es um eine neue Philosophie und um ein neues Verständnis einer modernen Polizeiarbeit. Es geht um die Einbindung und Mitwirkung von Betroffenen. Diese neue Form der Bürgerbeteiligung soll neben der Ermittlungstätigkeit und der Präventionsarbeit als Handwerkszeug für das tägliche polizeiliche Handeln zur Verfügung stehen.

Worauf kommt es in Ihrer Position in der heutigen Zeit besonders an?

Meine Aufgabe wird es sein, die Inhalte der Ressortstrategie INNEN.SICHER nicht bloß weiter zu leiten, sondern vorzuleben und mit Leben zu erfüllen. Klar ist, dass wir als Bedienstete des Innenministeriums, einem modernen Dienstleistungsunternehmen, unseren Dienst für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land versehen. Klar ist aber auch, dass das nur mit engagierten, gut ausgebildeten und gut ausgerüsteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern funktioniert. Mir ist neben einer guten Ausbildung und Ausrüstung vor allem der persönliche Schutz der Polizistinnen und Polizisten ein besonderes Anliegen. Darüber hinaus möchte ich beispielsweise die Philosophie der Initiative GEMEINSAM.SICHER nicht „von oben herab“ vorgeben, sondern ich möchte auch durch den persönlichen Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen Überzeugungsarbeit leisten,

damit der Mehrwert erkannt und diese Rolle gelebt wird.

Was sind die kriminalpolizeilichen Herausforderungen der nächsten Jahre?

Hier sehen wir einen klaren Trend, nämlich hohe Zuwachsraten in der Cyber-Kriminalität. Das Problem ist, dass sich im Internet räumliche und zeitliche Grenzen de facto auflösen. In diesem Segment werden wir uns weiterentwickeln müssen. Das heißt, wir werden auch zusätzliche Ressourcen investieren müssen und wir brauchen eine höhere Präsenz der Polizei in der virtuellen Welt. In den herkömmlichen Deliktsbereichen, wie Einbruchs- und Diebstahlskriminalität, haben wir beachtliche Erfolge erzielt. Das wollen wir mit gezielten Maßnahmen beibehalten, weil es auch wichtig für das Sicherheitsvertrauen der Bevölkerung ist.

Wie sind die Budget-Aussichten in den nächsten ein, zwei Jahren?

Die Budgetkonsolidierung in den Jahren nach 2009 ist auch am Innenministerium nicht spurlos vorübergegangen. Spätestens nach dem Terroranschlag auf Charlie Hebdo in Paris im Jänner 2015 und mit der großen Migrationswelle 2015 hat es Nachbesserungsbedarf beim Budget gegeben. Durch eine deutliche Budgetaufstockung haben wir derzeit die Möglichkeit, die Polizei in Teilbereichen technisch neu aufzustellen und nachhaltig neu ausstatten. Ich denke zum Beispiel an ballistische Schutzwesten und Schutzhelme, neue Waffensysteme und Sondereinsatztechnik.

Was wird am Waffensektor erneuert?

Wir wollen eine neue Langwaffe einführen. Hintergrund dafür ist der an uns selbst gestellte Anspruch, den Polizistinnen und Polizisten die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung zu stellen, aber auch die generell erhöhte Gefährdungslage. Wir sehen diese Tendenz auch international. Uns geht es darum, dass unsere Polizistinnen und Polizisten im Außendienst besser geschützt sind. Derzeit beschäftigen sich Mitarbeiter in einer Arbeitsgruppe intensiv damit. Zur Festlegung der Anforderungen werden auch die Erkenntnisse aus den Terroranschlägen der letzten Zeit in Europa berücksichtigt. Wir gehen in die Richtung, künftig bei

ZUR PERSON



Reinhard Schnagl,

Jahrgang 1972, absolvierte die Handelsakademie, war Einjährig-Freiwilliger beim Bundesheer und trat am 1. Jänner 1993 in die Bundesgendarmerie ein. Nach der Grundausbildung in Graz versah er Dienst im Gendarmerieposten Fürstenfeld. 1997/98 besuchte er den E2a-Kurs in Mödling. Danach kam er als Sachbearbeiter in den Gendarmerieposten Söchau. 2000/01 absolvierte er die E1-Ausbildung in Mödling. Ab Dezember 2001 war er im Gendarmeriezentralkommando für Organisation und Dienstbetrieb zuständig. 2005 wurde er Leiter des Referats Dienstbetrieb und 2011 stellvertretender Leiter der Abteilung II/10 (Ressourcen- und Wirkungssteuerung). Ab 2013 leitete er die Abteilung II/9 (Controlling GD) und seit 1. April 2017 ist er Leiter der Gruppe II/A (Organisation, Dienstbetrieb und Einsatz). Reinhard Schnagl wurde im Sommer 2009 an der Fachhochschule Wiener Neustadt zum Bachelor im Studiengang „Polizeiliche Führung“ nachgraduiert; im Sommer 2011 schloss er den Studiengang „Strategisches Sicherheitsmanagement“ mit dem „Master of Arts“ ab.

Langwaffen flächendeckend das Kaliber 5.56 x 45 mm zu verwenden. Ziel ist es, in jedem Streifenwagen neben ballistischen Schutzwesten und ballistischen Schutzhelmen geeignete Langwaffen für Sonderlagen mitzuführen.

Darüber hinaus haben wir ballistische Gilets erprobt, die künftig jeder Polizistin, jedem Polizisten persönlich zugewiesen werden sollen. Bei optimalem Verlauf könnten bereits gegen Ende des Jahres die ersten Gilets an die Kolleginnen und Kollegen ausgegeben werden. Das ballistische Gilet ist als Ergänzung zur ballistischen Überziehschutzweste gedacht und kann im Gegensatz dazu auch über längere Zeit getragen werden.

Wie geht es personell in der Polizei weiter?

In den Personalplänen haben wir von 2015 bis Ende 2019 ein Plus von

rund 3.000 Planstellen im Exekutivdienst. Klar ist, dass diese zusätzlichen Planstellen erst sukzessive eingerichtet, Auswahlverfahren durchgeführt und die geeigneten Bewerberinnen und Bewerber entsprechend ausgebildet werden müssen. Um diese Zeit zu verkürzen, hat man sich im BMI dazu entschlossen, einen Teil der neuen Polizistinnen und Polizisten als sogenannte VB/S AGM mit sechsmonatiger Ausbildungszeit aufzunehmen, um diese rasch für die Herausforderungen im grenz- und fremdenpolizeilichen Bereich zur Verfügung zu haben. Diese Polizistinnen und Polizisten werden in definierten Bereichen eingesetzt, sodass eine Entlastung der Basisdienststellen sichergestellt werden kann. Geplant ist jedoch, diese Kolleginnen und Kollegen rasch in den vollwertigen Polizeidienst zu übernehmen.

Wann wird mit der Ergänzungsausbildung begonnen?

Derzeit wird an der Sicherheitsakademie an einem Umsetzungskonzept gearbeitet. Ziel ist es, ab Herbst mit der Ergänzungsausbildung zu beginnen.

Nach welchen Gesichtspunkten erfolgt die Aufteilung der zusätzlichen Planstellen?

Die Aufteilung erfolgt nach zwei Gesichtspunkten: Einerseits aufgrund eines Organisationsbedarfs – wir sind ja mitten in der Evaluierung der Landespolizeidirektionen –, der sich aus den neuen Herausforderungen und der Gefährdungslage ergibt, und andererseits der Arbeitsbelastung in den einzelnen Landespolizeidirektionen. Ziel ist es, bei der Verteilung der zusätzlichen Planstellen auch einen Belastungsausgleich zwischen den Landespolizeidirektionen zu erreichen.

Wie stellen Sie sicher, eine ausreichende Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern zu bekommen?

Das Innenministerium ist ein attraktiver Arbeitgeber. Wir haben eine fundierte Ausbildung und ein breites Aufgabenfeld zu bieten. Wir wollen unser Aus- und Fortbildungsangebot weiterentwickeln. Damit können wir gute Karrierechancen anbieten und die bereits mehrmals zitierte „Durchlässigkeit vom Inspektor bis zum Generaldirektor“ gewährleisten. Das Dienstrecht bietet den Bediensteten auch viel Sicherheit – nicht nur einen krisensiche-

ren Job. In vielen Bereichen ist der öffentliche Dienst bereits weiter als die Privatwirtschaft – etwa bei der Gleichstellung von Männern und Frauen. Bei der Polizei gibt es keine Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern, hier wird Leistung gleich honoriert. Wir werden auch gezielt versuchen, potenzielle Bewerberinnen und Bewerber anzusprechen und das Interesse am Polizeidienst zu wecken. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen für Quereinsteiger verbessern, die bereits im Berufsleben stehen und zur Polizei wechseln wollen. In diesem Fall ist die geringere Bezahlung während der Grundausbildung oft ein Hindernis für den Wechsel.

Ist daran gedacht, die Aufnahmekriterien zu erleichtern?

Eine Erleichterung ist nicht geplant. Wir wollen am hohen Niveau festhalten, um weiterhin den Anforderungen des Exekutivdienstes gerecht werden zu können.

Sind in absehbarer Zeit strukturelle Reformen geplant?

Strukturell wird es dort Anpassungen geben, wo wir nach eingehender Analyse und Bewertung einen Bedarf erkennen. Nach der Einrichtung der Landespolizeidirektionen mit September 2012 war klar, dass eine derartig umfassende Reform einer Evaluierung und gegebenenfalls auch Anpassungen bedarf. Ein erster Schritt war die Neuausrichtung der Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Diesen Prozess haben wir abgeschlossen. Es sind zusätzliche Arbeitsplätze eingerichtet worden. Auch für die Personalabteilungen und die Büros Öffentlichkeitsarbeit gibt es Konzepte. Derzeit verhandeln wir darüber mit dem Bundeskanzleramt.

Ein weiterer wesentlicher Schritt ist die Adaptierung der Einsatz-, Grenz- und Fremdenpolizeilichen Abteilung in den Landespolizeidirektionen. Vor allem die Ereignisse der letzten Jahre wie die Entwicklungen im fremdenpolizeilichen Bereich, aber auch die erforderliche Spezialisierung in Einsatzbelangen machen aus unserer Sicht eine Trennung der Abteilung in eine Einsatzabteilung und in eine Grenz- und Fremdenpolizeiliche Abteilung notwendig. Hier stehen noch Verhandlungen mit der Personalvertretung und dem Bundeskanzleramt bevor. In den



Gruppenleiter Reinhard Schnakl: „Eine der größten Herausforderungen wird es sein, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentliche Sicherheit und in die Polizeiarbeit hochzuhalten bzw. wieder zu stärken.“

nächsten Monaten werden wir eine Abteilung nach der anderen genau evaluieren. Wir analysieren Bereich für Bereich, bewerten, verhandeln und setzen um.

Wird es auch bei Polizeiinspektionen Änderungen geben?

In den Basisdienststellen ist derzeit, abgesehen von der Konzentration der Notrufbearbeitung in den Landesleitzentralen, keine grundsätzliche organisatorische Änderung geplant. Hier gilt es, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und für die Sicherstellung der notwendigen Spezialisten in der Region zu sorgen.

Was hat man im Innenministerium aus der Flüchtlingswelle 2015 gelernt?

Wir haben uns organisatorisch und technisch besser aufgestellt – vor allem mit dem integrierten Grenzmanagement. Wir haben einiges in die Infrastruktur investiert. Sie ist zwar derzeit weitgehend ungenutzt, aber die Lage ist noch so instabil, dass wir die technischen Einrichtungen an der Grenze noch nicht abbauen können. Sollte es wieder zu größeren Migrationsströmen in Richtung Österreich kommen, dann sind wir auf jeden Fall besser gerüstet als 2015. Wesentlich ist, dass alle Personen, die unsere Grenzen passieren, registriert werden, dass diese Daten

auch auf den europäischen Plattformen ausgetauscht werden und dass wir im Hintergrund vom ersten Tag an ein entsprechendes Grenzmanagement betreiben können.

Wird die internationale Zusammenarbeit verstärkt?

Die internationale Zusammenarbeit wird in allen Bereichen immer wichtiger. Wir haben in den letzten Jahren konstant immer um die 20 Polizisten im Ausland gehabt. Heute sind es rund 100 und die Tendenz ist stark steigend. Die Kriminalität ist international organisiert und sie hält sich nicht an Grenzen, Migrationsströme verlaufen über Grenzen hinweg – und wir können diesen Phänomenen auch nur international begegnen, indem wir international vernetzt vorgehen. Immer wichtiger wird der Informationsaustausch zwischen den Polizeieinheiten, speziell für Österreich, ein Land, das in der Mitte von Europa liegt.

Was unterscheidet die österreichische Polizei von der in anderen Ländern?

Organisatorisch sind wir gut aufgestellt; wir haben eine Bundespolizei mit vergleichsweise flachen Hierarchien. Die Behördenreform, aus der 2012 neun Landespolizeidirektionen hervorgegangen sind, war ein Meilen-



Bundespolizei: „Schwerpunkte für die kommenden Jahre sind die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen und eine zeitgemäße Ausstattung.“

stein in der Entwicklung unserer Organisation. Wenn ich mir föderalistisch organisierte Polizeieinheiten in anderen Ländern ansehe, stellt man bald die Vorteile einer einheitlichen Bundespolizei fest. Bei der Ausbildung brauchen wir den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Hier sind wir da und dort sogar Vorreiter, wenn ich an internationale Preise denke, wie zum Beispiel im E-Learning. Die Ausrüstung ist im internationalen Vergleich auch sehr gut. Natürlich gibt es hier immer etwas zu tun, das liegt aber oft auch am technischen Produktzyklus einzelner Einsatzmittel.

Wie sind die Spezial- und Sondereinheiten in Österreich aufgestellt?

Auch hier sind wir bei der Ausrüstung gut unterwegs. Bei den GSOD-Einheiten haben wir stark nachgerüstet, beispielsweise mit Einsatzoveralls und Helmen. Nachholbedarf gibt es bei den Vollkörperschutzrüstungen, den „Turtles“. Wir sehen uns auf dem Markt Modelle an und wollen rasch eine geeignete Ausrüstung beschaffen. Die Einsatzinheit WEGA der Landespolizeidirektion Wien hat beispielsweise neue ballistische Schutzwesten bekommen, neue ballistische Schutzhelme werden derzeit beschafft, wir haben neue Waffensysteme angekauft, etwa neue Langwaffen, den neuen Taser und wir haben auch im Fahrzeugbereich einiges getan. Was die Ausstattung betrifft, sind wir technisch auf einem hohen Stand. Beim Einsatzkommando

Cobra laufen derzeit massive Beschaffungsprogramme. Wir haben derzeit mehrere Hubschrauber in Ausschreibung, um mit einer modernen Flotte zukunftsfit zu bleiben. Mit Abschluss dieser Beschaffungsvorgänge werden wir für die nächsten zehn, fünfzehn Jahre sehr gut aufgestellt sein.

Sind bei Spezial- und Sondereinheiten Strukturänderungen angedacht?

Wir sind im „Großen sicherheitspolizeilichen Ordnungsdienst“ schon sehr gefordert. Bei den Einsatzeinheiten hat es in letzter Zeit eine starke Zunahme der Zahl an Einsätzen gegeben. Selbst wenn wir die Einsätze bei der Migrationswelle 2015 ausklammern, haben wir eine Steigerung um 50 bis 60 Prozent. Speziell die Migrationswelle 2015 hat uns gezeigt, dass wir uns im Bereich der Durchhaltefähigkeit stärken müssen. Wir haben gesehen, dass es notwendig sein kann, auch über einen längeren Zeitraum auf personalintensiv hohem Niveau Einsätze abwickeln können müssen.

Wie soll das gewährleistet werden?

Eine Überlegung ist es, in den Ballungszentren „Bereitschaftseinheiten“ einzurichten. Damit hätten wir rasch verfügbare Einheiten, die in Gruppenstärke intervenieren könnten, wenn es notwendig ist. Das hat sich mit der Bereitschaftseinheit in Wien bereits bewährt. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass wir dadurch die Basisdienststellen entlasten könnten. In Wien zum Bei-

spiel gelingt das mit den U-Bahn-Streifen oder mit der Streifenförmigkeit an den Hotspots sehr gut. Die Bereitschaftseinheit ist überregional einsetzbar und das kommt den Basisdienststellen zugute. Die Beamten dort können sich auf ihre Kernaufgaben in der Polizeiinspektion konzentrieren.

Mit welchen Maßnahmen soll der Dienst in den Polizeiinspektionen attraktiver gemacht werden?

Ohne die Basis würde die Polizeiarbeit nicht funktionieren. Das ist uns klar. Daher überlegen wir ständig, wie wir den Kolleginnen und Kollegen die Rahmenbedingungen bestmöglich gewährleisten können. In Teilbereichen wird es wahrscheinlich ohne eine Teilspezialisierung nicht gehen. Es gibt Herausforderungen, die nicht in allen Polizeiinspektionen abgebildet werden können, etwa im Bereich Cybercrime, bei der Sicherstellung und Auswertung von Datenträgern. Es gibt kaum mehr einen Kriminalfall, bei dem nicht irgendwo ein Computer, ein Handy, ein Notebook oder ein anderer Datenträger sichergestellt und ausgewertet werden muss. Hier werden wir den Polizeiinspektionen an der Basis sicher mehr Unterstützung geben müssen, etwa durch gut ausgebildete und ausgerüstete IT-Bezirksermittler. Wesentlich für die Polizeiarbeit an der Basis wird auch die geplante flächendeckende Ausstattung mit Smartphones und Tablets sein. Dadurch erwarte ich mir eine deutliche Unterstützung der Polizistinnen und Polizisten im täglichen Dienstbetrieb.

Was ist im E2a-Bereich, bei den dienstführenden Beamten geplant?

In diesem Bereich werden wir in den nächsten Jahren einen sehr hohen Ausbildungsbedarf haben, allein schon aufgrund der zu erwartenden Pensionierungen.

Wie sieht es im E1-Bereich aus?

Auch hier wird es in den nächsten Jahren einen leicht steigenden Bedarf geben, speziell in Wien und in der BMI-Zentralstelle. Ich glaube, dass sich die Ausbildung an der Fachhochschule in Wiener Neustadt sehr bewährt hat und den Studentinnen und Studenten hier sehr viel geboten wird. Die Organisation profitiert darüber hinaus von gut ausgebildeten Führungskräften.